

Österreich auf dem Weg in eine "Basar-Ökonomie"?

Heimische Wertschöpfung aus Exporten sinkt von 68% des Exportwertes 1995 auf rund 60% im Jahr 2003 – Hohes Exportwachstum kompensiert aber geringere Wertschöpfungsintensität

In Österreich als kleiner Volkswirtschaft spielen Export- und Importbeziehungen traditionell eine wichtige Rolle, die sich im Zuge der Globalisierung allerdings noch weiter verstärkt. Österreich zeigt einige typische Merkmale einer "Basar-Ökonomie", in der handels- und unternehmensbezogene Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen, die Sachgütererzeugung hingegen zunehmend importierte Güter einsetzt – deren Anteil stieg zwischen 1995 und 2003 von 23,3% auf 27,1%. Überdies erhöht sich der Anteil von Gütern deutlich, die importiert, aber nicht weiterverarbeitet werden, sondern direkt für den Weiterexport bestimmt sind. Dementsprechend sank der heimische Wertschöpfungsanteil von 68% des Exportwertes 1995 auf rund 60% 2003. Diese Entwicklung ist derzeit allerdings kein Nachteil für die österreichische Wirtschaft: Aufgrund des hohen Exportwachstums (1995/2003 nominell rund +8,5% jährlich) nahm der Anteil der durch Exporte ausgelösten Wertschöpfung in Österreich von 21% im Jahr 1995 auf rund 28% 2003 zu. Damit sind die Exporte für mehr als ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung Österreichs maßgebend.

Es gibt einige empirische Hinweise, wonach sich die österreichische Wirtschaft stärker in Richtung einer "Basar-Ökonomie" entwickeln könnte. Die Importe nehmen zulasten der heimischen Wertschöpfung zu, die Fertigungstiefe wie auch die Nettoinvestitionsquote geht zurück; die Wertschöpfungsintensität der heimischen Exporte sinkt. Dafür ist zum einen der Anstieg des Anteils der importierten Vorleistungen bestimmend, zum anderen auch die starke Zunahme der Re-Exporte, also jener Importe, die nicht zur Weiterverarbeitung, sondern direkt für den Weiterexport bestimmt sind. Ihr Anteil an den gesamten Güterexporten stieg von 3% 1995 auf rund 11% im Jahr 2003.

Gerade solche Re-Exporte sind für eine "Basar"-Ökonomie typisch. Allerdings gibt es bisher keine Anzeichen dafür, dass die heimische Wirtschaft unter dieser Entwicklung gelitten hätte: Das Exportwachstum der letzten Jahre war hoch genug, um die Verringerung der Wertschöpfungsintensität der Exporte zu kompensieren, sodass der Anteil der exportbedingten Wertschöpfung am gesamten Bruttoinlandsprodukt sogar zunahm. Zudem drehte sich in den letzten Jahren das traditionelle Handelsbilanzdefizit Österreichs in einen Überschuss.

Gleichzeitig werden jedoch durch Exporte tendenziell immer weniger Arbeitsplätze geschaffen: Einer annähernden Verdoppelung der (nominellen) Güterexporte zwischen 1995 und 2003 steht eine Steigerung der exportinduzierten Beschäftigung um nur rund 21% im selben Zeitraum gegenüber. Allerdings ist dabei zum einen die Inflation zu berücksichtigen, zum anderen die Tatsache, dass die Arbeitsproduktivität nicht nur im Export, sondern in der gesamten Wirtschaft gesteigert wurde. Weiters nimmt der Anteil der Gewinneinkommen an der gesamten exportinduzierten Wertschöpfung zulasten der Lohn- und Gehaltseinkommen zu: Ein Euro an Exporten war im Jahr 1995 mit Unternehmensgewinnen im Ausmaß von 0,12 € und mit Löhnen und Gehältern im Ausmaß von 0,34 € verbunden; acht Jahre danach lagen diese Werte bei 0,17 € bzw. 0,26 €.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind diese empirischen Ergebnisse durchaus relevant: Künftig ist also ein höheres Exportwachstum notwendig, um Einkommens- und Beschäftigungszuwächse im Inland zu stützen.

Die Exportaktivitäten der österreichischen Wirtschaft konzentrieren sich stärker als in der Vergangenheit auf (nichttouristische) Dienstleistungen, deren Wertschöpfungsintensität im Gegensatz zu den Warenexporten in den letzten Jahren nicht abgenommen hat. 20% der Exporte entfielen im Jahr 2003 auf Dienstleistungen, 1995 waren es 17% gewesen. Dienstleistungen spielen zudem in der Produktion von Exportgütern eine immer wichtigere Rolle. Setzt sich der Trend zum Dienstleistungsexport und zum verstärkten Einsatz von Dienstleistungen in der exportorientierten Sachgüterproduktion fort, so könnte die Erosion der exportbedingten heimischen Wertschöpfung aufgehalten werden. Österreich, so zeigt ein internationaler Vergleich, hat hier durchaus Nachholbedarf: Trotz steigender Tendenz profitiert in Österreich im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern der Dienstleistungssektor noch immer relativ wenig von der Exportproduktion; möglicherweise ist das auf einen höheren Grad an vertikaler Integration in der heimischen Industrie zurückzuführen. In Österreich entfielen im Jahr 2000 26% der durch Warenexporte generierten Wertschöpfung auf den Dienstleistungsbereich, in der EU 15 28,1%, in Deutschland sogar 31,9%.

Die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Exportwirtschaft wird in Zukunft stärker von der Verfügbarkeit hochqualitativer Dienstleistungen abhängen. Der Dienstleistungssektor sollte auch unter diesem Gesichtspunkt eine zentrale Rolle in wirtschaftspolitischen Überlegungen spielen. Exportaktivitäten und ihre Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft sind auch räumlich unterschiedlich verteilt: Während etwa die Wiener Wirtschaft relativ wenig durch Exporte beeinflusst wird (Anteil der Exporte am Bruttoregionalprodukt 29%), ist Vorarlbergs Wirtschaft mit einer regionalen Exportquote von 62% in hohem Maße auf den Export ausgerichtet. Auch in Oberösterreich und der Steiermark (58% bzw. 53%) ist die Exportorientierung hoch. Einschließlich des Ausländertourismus sind diese regionalen Muster noch ausgeprägter. Gemäß einer Modellsimulation wird in Tirol etwa ein Fünftel des Bruttoregionalproduktes direkt und indirekt vom Ausländertourismus bestimmt. Generell kommen Exportaktivitäten vor allem den exportierenden Regionen selbst zugute.

Der Prozess der Globalisierung ist mit einer Zunahme internationaler Handelsbeziehungen und damit der Export- und Importströme verbunden. In der Produktion von Exportgütern werden demnach immer mehr importierte Güter verwendet, sodass die heimischen Wertschöpfungsgewinne aus Exportaktivitäten sinken. Gemäß der "Basar-Hypothese" ziehen sich die Industrieländer immer stärker aus Produktionsaktivitäten zurück, die in Niedriglohnländer verlagert werden, und konzentrieren sich zunehmend auf Handelstätigkeiten und andere unternehmensbezogene Dienstleistungen. Bei zu starren Lohnstrukturen in den Industrieländern sind nach Sinn in der Produktion Arbeitsplatzverluste zu erwarten, die durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten in den Dienstleistungssektoren nur teilweise kompensiert werden, sodass die Arbeitslosigkeit zunimmt. Allerdings ist diese Sichtweise umstritten, da Outsourcing von Produktionsteilen Produktivitätsgewinne und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bewirken kann. Das hohe Exportwachstum Österreichs ist ein Indiz für diese Gewinnmöglichkeiten.

Der Erhalt von Arbeitsplätzen in Industrieländern mit hohem Lohnniveau ist langfristig nur durch unternehmerische Aktivitäten und unterstützende Politikmaßnahmen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Innovation und Qualifikation zu gewährleisten, d. h. eine offensive Strategie des Strukturwandels ist einer defensiven (Lohnkürzungen zur Verhinderung von Outsourcing) vorzuziehen.

Wien, am 5. August 2008.

Rückfragen bitte an Dr. Oliver Fritz, Tel. (1) 798 26 01/261, Oliver.Fritz@wifo.ac.at

Die Studie von Oliver Fritz, Robert Hierländer (WIFO), Nikolaus Bayerl (ST.AT), Gerhard Streicher (Joanneum Research): Exports, Services and Value Added. A National, International and Regional Analysis for Austria (FIW-Studie Nr. 008, 93 Seiten) wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen des Kompetenzzentrums FIW (Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft) erstellt und kann kostenlos von der FIW-Homepage heruntergeladen werden:

<http://www.fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Publikationen/fiwstudie8.pdf>.